

### Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Die Kriminalitätsstatistik für 2023 war eines der beherrschenden Themen der Woche. Es ist nicht allein die Zunahme der Straftaten um 5,5 Prozent auf fast sechs Millionen, die für Diskussionen sorgt. Es ist vor allem der massive Anstieg der Gewaltdelikte auf den höchsten Stand seit 2007 und die Tatsache, dass gut 34 Prozent der Tatverdächtigen keinen deutschen Pass haben.

Da sagte selbst SPD-Innenministerin Nancy
Faeser, über diese Entwicklung könne man nicht
einfach hinweggehen. Um gleich darauf in alte
Muster zu verfallen und für die Straftaten vor
allem die Lebensumstände verantwortlich zu
machen. Fragt sich nur, warum nicht alle
Personen mit vergleichbaren Lebensumständen
kriminell werden.

Die höchste Steigerungsrate von Straftaten gab es mit 18 Prozent bei den Wohnungseinbrüchen. Es ist ein Tummelplatz von Verbrecherbanden. CDU und CSU legten einen Gesetzentwurf vor, der Polizei und Staatsanwaltschaft mehr Instrumente bei der Verfolgung der Banden geben sollte. Doch so konsequent wollte die Ampel nicht sein. Rot-Grün-Gelb lehnte ab.

Rückschlag auch für die Verfolgung von
Kinderpornographie und Kindesmissbrauch im
Internet. Statt die Spielräume des Europäischen
Gerichtshofs für eine zeitlich befristete generelle
Verbindungsdatenspeicherung zu nutzen, setzte
sich die FDP mit dem Quick Freeze-Verfahren
durch. Daten dürfen nun erst "eingefroren", d. h.
gesichert werden, wenn der Verdacht auf eine
Straftat von erheblicher Bedeutung besteht.
Verbindungsdaten aus der Zeit vor der
Entdeckung der Straftat und damit auch viele
Beziehungen hinter der Straftat sind so für die
Aufklärung verloren. Datenschutz als Täterschutz.

Und weil die Ampelkoalition mit ihrem
Versprechen des Neubaus von jährlich 400.000
Wohnungen massiv in Rückstand ist, soll jetzt die
Mietpreisbremse über das Jahresende 2025
hinaus bis 2029 verlängert werden. Hört sich gut
an für die Mieter. Private Bauherren wird es
angesichts hoher Zinsen und Baupreise neben
Bauauflagen noch weniger motivieren. Die
Angebotslücke auf dem Wohnungsmarkt gerade
in den Metropolen dürfte wachsen. Schlechte
Aussichten für Wohnungsuchende!

Ich wünsche Ihnen eine gute Woche und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt sie herzlich Ihr Sebastian Brehm

## Weiter warten auf Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen



Im Koalitionsvertrag hatten die Ampel-Parteien eine Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen versprochen. Das sollte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, die Erwerbsbeteiligung von Ehe- und Lebenspartnern unterstützen und mehr sozialversicherte Arbeitsplätze schaffen. Jetzt ist die Erfüllung des Versprechens offenbar in weite Ferne gerückt.

Die Bundesregierung kann keinen konkreten Zeitpunkt für die Umsetzung des Vorhabens nennen, wie sie in einer Antwort auf eine schriftliche Anfrage aus den Reihen der Union einräumen musste. Unklar ist auch, wie die Fördermaßnahmen konkret aussehen sollen

Zur Begründung hieß es: Die finanziellen Rahmenbedingungen hätten sich durch das Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom November 2021 verändert.

Vorgesehen waren ursprünglich laut Koalitionsvertrag ein Zulagen- und Gutscheinsystem sowie die Möglichkeit flankierender steuerfreier Arbeitgeberzuschüsse. Zunächst sollten Alleinerziehende, Familien mit Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen, dann schrittweise alle Haushalte profitieren.

Sebastian Brehm: "Wieder einmal muss die rot-



grün-gelbe Regierung einräumen, dass sie Versprechen auf Pump gemacht hat, die sie jetzt nicht halten kann. Nicht das Urteil

des Bundesverfassungsgerichts ist schuld an dem Versagen, sondern die unsolide Finanzpolitik der Ampel. Seriöse Politik sieht anders aus."

# CSU wirkt Erleichterung für Hobbybrauer

Nicht nur für die gut 10.000 Hobbybrauer in Deutschland war die Biersteuer schon immer ein Ärgernis. Sie ist auch ein Beispiel staatlicher Geldverschwendung. Denn sie kostet mehr als sie einbringt, wie



auch das Bundesfinanzministerium zugeben musste. Schon vor Monaten hatte ich deshalb ein Ende dieser amtlichen Selbstbeschäftigung zur Lasten der Steuerzahler gefordert.

Die Anmeldepflicht für Hobbybrauer beim Hauptzollamt soll fallen. Die Biermenge, die steuerfrei gebraut werden darf, soll von 200 auf 500 Liter pro Jahr steigen. So steht es im Entwurf des Jahressteuergesetz des Finanzministeriums.

Sebastian Brehm: "Die Änderung der Biersteuer ist überfällig. Die Anmeldung und Kontrolle von tausenden Kleinstbrauern verursachten bislang

einen riesigen bürokratischen Aufwand, bringen aber kaum Einnahmen. Am Ende standen jeweils wenige hundert Steuerfälle jährlich mit einer durchschnittlichen Steuerschuld von 28 Euro."

### Ampel verweigert Entlastung der arbeitenden Mitte



Kein Herz für die arbeitende Mitte: Die Ampel-Koalition hat in dieser Woche einen Antrag von CDU und CSU für eine rückwirkende Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrages abgelehnt. Mit der Erhöhung des Grundfreibetrages von 11.604 Euro auf 12.217 Euro wäre jene Gerechtigkeitslücke geschlossen worden, die Rot-Grün-Gelb durch die massive Anhebung des Bürgergeldes um 12 Prozent zu Jahresbeginn aufgerissen hat. Auch Kinderfreibetrag und Kindergeld sollten entsprechend angepasst werden.

Sebastian Brehm: "Noch vor wenigen Tagen hat der FDP-Vorsitzende und Bundesfinanzminister Christian Lindner eine rückwirkende Anhebung



des Grundfreibetrages gefordert. Im Januar versprach er sogar noch, den Kinderfreibetrag anzuheben. Aber wie immer bei der EDP: Großen Worte folgen keine Taten. Die FDP lehnte die Entlastung der arbeitenden Mitte ebenso ab wie SPD und Grüne. Es reicht eben nicht, wenn Herr Lindner nur Entlastungforderungen bei CDU und CSU folgenlos abkupfert. Ein Plagiat ersetzt keine solide Politik.

Für CDU und CSU steht fest: Wer arbeitet, muss mehr haben als der, der nicht arbeitet. Wir brauchen nicht Steuervergünstigungen für einige ausländische Arbeitskräfte, wie es die FDP will. Wir brauchen eine deutliche Entlastung der breiten Mitte, die unser Land mit ihrem Einsatz am Laufen hält. Da werden wir nicht locker lassen. Leistung muss sich wieder lohnen. "

### Großes Interesse an Informationen zur Erbschaftsteuer



Volles Haus im Schmidtbauernhof in Rückersdorf bei meinem Vortrag zum aktuellen Überblick über das Thema Erbschaft- und Schenkungsteuer! Es hat sich auch bei dieser Veranstaltung einmal wieder gezeigt: Die Erbschaftsteuer und ihre Regelungen sind undurchsichtig. Sie stoßen durch ihren hohen bürokratischen Aufwand vielerorts auf

Unverständnis. Wir müssen an dieser Stelle dringend in Politik nachbessern. Vielen Dank für das rege Interesse und herzlichen Dank an den CSU Ortsverband Rückersdorf und seine Vorsitzende Ingeborg Thron mit ihrer gesamten Mannschaft für das große Engagement und die tolle Organisation!

### Auftakt zum Frühlingsvolksfest bei bestem Wetter



Was für ein Auftakt für das Nürnberger Frühlingsvolksfest! Ein volles Festzelt zum offiziellen Bieranstich bei bestem Wetter und gute Stimmung auf dem Volksfestplatz. Mein Glückwunsch an alle Schausteller für das, was hier auf die Beine gestellt wurde. Bis zum Sonntag dauert das Festvergnügen noch. Ich wünsche allen Besuchern noch viel Spaß.

### Brehm.mobil wieder unterwegs



Das Brehm.mobil ist wieder unterwegs. Vor dem Edeka Center in der Rollnerstraße stehe ich Ihnen am Donnerstag, 18. April, von 16 bis 18 Uhr mit meinem Brehm.mobil persönlich für ihre Anliegen und für Fragen zu meiner Arbeit im Deutschen Bundestag zur Verfügung. Dazu gibt es - wie immer - einen heißen Kaffee.

Sollten Sie vorab bereits Fragen zu meiner parlamentarischen Arbeit haben, können Sie mir diese gerne per E-Mail zukommen lassen unter: sebastian.brehm@bundestag.de. Ich freue mich auf Sie!

#### Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.